

## **Beschluss D 1**

**Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft.**

**Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.**

## **Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft.**

### **Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.**

Unser Land ist in den fast zehn Jahren, in denen die CDU regiert, wieder zu einer der weltweit führenden Volkswirtschaften und zu einem Stabilitätsanker für Europa geworden. Die Menschen in Deutschland profitieren von der positiven Entwicklung. Seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote in Deutschland halbiert. Mit über 42 Millionen Erwerbstätigen haben heute so viele Menschen Arbeit wie nie zuvor. Die realen Nettolöhne steigen 2014 schon das sechste Jahr in Folge – das gab es noch nie seit der Deutschen Einheit.

Unser Erfolg beruht ganz wesentlich darauf, dass Deutschland ein Industrieland ist. Viele tausend große und kleine Unternehmen sind weltweit Marktführer. Unser Ziel ist es, dass unser Land seinen Platz als führendes Industrieland, als starke Wirtschaftsnation und als geschätzter und leistungsstarker Partner in der Welt behaupten kann. Wir wollen weiter zu den wettbewerbsfähigsten, innovativsten und attraktivsten Ländern der Welt gehören. Dieses Ziel zu erreichen, ist eine Zukunftsfrage nicht nur für unser Land, sondern für ganz Europa. Deshalb wollen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern dem weltweiten Wettbewerb stellen und unseren Beitrag leisten, damit Europa und die Werte, für die wir stehen, auch künftig in der Welt ihre Bedeutung behalten.

#### **I. Land der digitalen Chancen**

Die Digitalisierung verändert alle Bereiche unseres Lebens. Die Frage, wie wir in Deutschland und Europa mit dieser Herausforderung umgehen, entscheidet ganz wesentlich über die Stärke unserer Volkswirtschaft und damit über unseren Wohlstand in der Zukunft. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Deutschland die Chancen der Digitalisierung nutzt. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Digitale Agenda. Sie gibt die Leitlinien der Digitalpolitik der unionsgeführten Bundesregierung vor und bündelt Maßnahmen – von den digitalen Infrastrukturen über die digitale Wirtschaft, über Bildung und Forschung bis zu gesellschaftlichen Aspekten sowie der europäischen und internationalen Dimension. Die CDU wird die Umsetzung und Weiterentwicklung der Digitalen Agenda zum Beispiel mit dem neu geschaffenen Netzwerk Digitalisierung der CDU Deutschlands intensiv begleiten.

## **Schnelles Netz ausbauen und Zugang ermöglichen**

Das Fundament der digitalen Gesellschaft sind schnelle Netze. Deshalb ist es für die CDU zentral, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen. Wir wissen, dass das ein ambitioniertes Ziel ist. Studien gehen davon aus, dass die technologieoffene Versorgung aller deutschen Haushalte mit 50 Mbit/s mindestens 20 Milliarden Euro kostet, wovon allein die Versorgung der letzten fünf Prozent der Haushalte mit acht Milliarden Euro zu Buche schlagen würde. Zugleich wissen wir, dass viele Unternehmen noch schnellere und leistungsfähigere Netze brauchen. Deshalb begrüßen wir, dass die IKT-Unternehmen (Informations- und Kommunikationstechnologie) angekündigt haben, mehr als acht Milliarden Euro in den Ausbau ihrer Netze zu investieren. Wir setzen beim Netzausbau auf einen intelligenten Technologiemix. Der Netzausbau erfordert auch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Kommunen, Ländern, dem Bund und der Europäischen Union – besonders dort, wo die Wirtschaftlichkeit des Netzausbaus in Frage steht. Wir werden mit intelligent gestalteten Förderprogrammen die vorhandenen Wirtschaftlichkeitslücken schließen, um unser Ziel zu erreichen. Wir begrüßen, dass die Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Funkfrequenzen im kommenden Jahr in den Breitbandausbau investiert werden sollen. Wir rufen die Länder dazu auf, auch mit ihrem Anteil an dem Erlös den Ausbau der schnellen Netze voranzutreiben.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass auch in Deutschland kostenloses WLAN in allen öffentlichen Gebäuden, in der Bahn und auf Flughäfen vorhanden ist. Ebenso sollen zum Beispiel Restaurants, Cafés, Hotels und andere Einrichtungen öffentlich zugängliches WLAN anbieten können, ohne für eventuellen Missbrauch durch die Nutzer haften zu müssen. Dazu werden wir die Anbieter öffentlicher WLAN-Netze sogenannten Providern (Netzanbietern) rechtlich gleichstellen.

Wir wollen Netzneutralität sicherstellen: Unabhängig von Sender und Empfänger sollen alle Datenpakete diskriminierungsfrei übertragen werden. Netzwerkmanagement muss allerdings dort möglich sein, wo es geboten ist, damit bandbreitensensible Daten und Anwendungen verlässlich und ohne Verzögerung übertragen werden bzw. zum Einsatz kommen können, z. B. für Anwendungen der Telemedizin oder auch für digitale Mobilität.

### **Wachstumschancen der Industrie 4.0 nutzen**

Neben neuen Geschäftsfeldern für junge innovative Unternehmen ergeben sich vor allem für die klassische Industrie durch Automatisierung, Digitalisierung und Vernetzung viele neue Möglichkeiten. Diese sogenannte Industrie 4.0 bietet große Zukunftschancen für die deutsche Industrie. Deutschland hat mit seinem hohen Niveau in der Forschung, mit innovativen Anbietern von Produktionstechnologien, mit führenden Herstellern von eingebetteten Systemen (Computer, der in einen technischen Kontext eingebunden ist) und einer dynamischen Branche für IT-Sicherheitstechnologien gute Voraussetzungen, um zum Leitmarkt beim Aufbau der Industrie 4.0 zu werden. Wir wollen die Verbreitung der neuen Technologien in den klassischen wie den neuen Branchen industrieller Fertigung und industrienahe Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Industrie 4.0 muss auch und gerade eine Sache unseres leistungsstarken Mittelstands werden.

Ein Beispiel für diese Veränderungen ist das Auto. Schon bald wird die Leistungsfähigkeit des Betriebssystems des Autos für die Kaufentscheidung mindestens so wichtig sein wie die Frage, welcher Hersteller die Karosserie gebaut hat. Die Entwicklungen zum vernetzten und automatisierten Fahren eröffnen deutschen Autobauern und ihren meist mittelständischen Zulieferern enorme Potenziale. Wir wollen die dafür bereits stattfindende Forschung unterstützen und im Datenschutz und in der Gesetzgebung die regulatorischen Rahmenbedingungen schaffen, damit autonomes Fahren künftig ein Innovations- und Wachstumstreiber wird.

### **Neue Datenpolitik gestalten**

Die CDU setzt sich für eine neue Datenpolitik ein, die eine Nutzung der wirtschaftlichen Chancen ermöglicht und zugleich die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Mit der EU-Datenschutzgrundverordnung wollen wir einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt schaffen. Dabei wollen wir innovationshemmende Regelungen abbauen und wirksame Kontrollmechanismen für die Verwendung von Daten einführen, damit die EU-Datenschutzgrundverordnung Chancen für digitale Geschäftsmodelle und Sicherheit für die Bürger schafft. Dazu gehört auch ein klarer Rahmen für die Nutzung von „Open Data“, also Daten der öffentlichen Verwaltung, die Behörden, Ämter, Gerichte und andere staatliche Stellen pflegen, wie z. B. Umweltdaten, geographische Daten, statistische Daten, Gesetze und Verordnungen. Wir wollen dafür sorgen, dass Daten unter Wahrung des Datenschutzes und

der Datensicherheit genutzt werden können, zum Beispiel zur Verkehrslenkung, zur Steuerung unseres Energieverbrauchs oder für die individuelle Gesundheitsvorsorge.

„Big Data“ – die intelligente Auswertung von großen Datenmengen – kann wichtige Informationen z. B. über Marktentwicklungen und Kundenbedürfnisse liefern und wird damit eine zentrale Komponente künftiger Wertschöpfungsketten sein. Wir wollen die Anwendung fördern, aber Risiken minimieren. Deshalb begrüßen wir, dass die Bundesregierung Big-Data-Kompetenzzentren in Berlin und Dresden eingerichtet hat. Sie werden dazu beitragen, Instrumente zu entwickeln, mit denen aus bloßen Daten nützliches Wissen generiert werden kann, und dazu beitragen, dass wir uns sicher und selbstbestimmt in der digitalen Welt bewegen können.

Wir brauchen einen digitalen Ordnungsrahmen, der Freiheit und Sicherheit im Netz in Einklang bringt. Gleichzeitig gehen wir mit unserem nationalen IT-Sicherheitsgesetz voran. Gemeinsam mit der Wirtschaft arbeiten wir daran, insbesondere unsere kritischen Infrastrukturen vor digitalen Angriffen möglichst umfassend zu schützen.

## **II. Land der klugen Köpfe**

Zentrale Grundlage für zukünftigen Wohlstand in unserem Land sind Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die unionsgeführte Bundesregierung hat seit 2005 ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 60 Prozent und für Bildung um 90 Prozent gesteigert. Allein den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung haben wir in der Zeit nahezu verdoppelt. Wir unterstützen die Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen mit dem Hochschulpakt für neue Studienplätze, der Exzellenzinitiative und dem Pakt für Forschung und Innovation. Mit der Hightech-Strategie fördern wir seit 2006 neue Technologien und Innovationen, forschungsstarke Netzwerke und erfolgreiche Cluster aus Wissenschaft und Industrie.

Auch der jüngste Nobelpreis für Chemie an einen deutschen Wissenschaftler zeigt die Stärke unseres Forschungssystems. Unsere Hochschulen sind attraktiv für deutsche und ausländische Studierende. Alle internationalen Vergleiche sehen Deutschland unter den zehn führenden Innovationsnationen, beim Export von Hightech-Gütern liegen wir mit an der Spitze. Fünf der zehn forschungsstärksten Unternehmen Europas sind in Deutschland angesiedelt.

### **Spitzenposition im Innovationswettbewerb verteidigen**

Wir werden im weltweiten Innovationswettbewerb nicht nachlassen. Unser Anspruch ist, dass Deutschland weiterhin zur Weltspitze gehört. Auch künftig sollen in Deutschland drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert werden. Dafür fördern wir Bildung und Forschung mit neun Milliarden Euro, die bis 2017 von der unionsgeführten Bundesregierung zusätzlich investiert werden. Wir stärken Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler: Unsere Forschungseinrichtungen können sich darauf verlassen, jährliche Mittelsteigerungen zu erhalten. Wir ändern das Grundgesetz so, dass der Bund die Hochschulen dauerhaft unterstützen kann. Wir sichern die Fortführung der Exzellenzinitiative. Die Länder erhalten neue Spielräume zur Stärkung von Hochschulen und Nachwuchswissenschaftlern durch die Übernahme der kompletten BAföG-Leistungen durch den Bund ab 2015.

Wir konzentrieren die erfolgreiche Hightech-Strategie auf Felder, die von hoher Innovationsdynamik geprägt sind und Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität versprechen. Es geht um Lösungen für die digitale Wirtschaft, um nachhaltiges Wirtschaften und Energie, um eine innovative Gestaltung der Arbeitswelt für mehr kreative Ideen und Zeitwohlstand, um Gesundheit, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit. Wir setzen auf den weiteren Ausbau von Spitzentechnologien wie Bio-, Nano-, Informations- und Energietechnologien. Es geht uns aber nicht nur um technologiegetriebene Veränderungen, sondern auch soziale Innovationen können wichtige Impulse für Erneuerung, Wertschöpfung und Wohlstand geben, z. B. durch veränderte Arbeitsprozesse, Kooperationsformen, Kommunikationsweisen, Netzwerkbildung, Barrierefreiheit, lebensbegleitende Qualifikation und Weiterbildung.

### **Offenheit für neue Technologien fördern**

Wir sind überzeugt: Wir müssen offen für neue Technologien bleiben. Wir werben dafür, dass wir in der Gesellschaft nicht nur auf die Risiken der Veränderungen unserer Zeit schauen, sondern den Blick auf die Chancen richten. So brauchen wir z. B. eine sachliche Diskussion darüber, wie grüne Gentechnik helfen kann, eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, beispielsweise indem Pflanzen trockenheits- oder salzresistent werden, oder auch wie Pflanzen als nachwachsende Rohstoffe für umwelt- und klimafreundliche Pro-

dukte genutzt werden können. Auch an deutschen Hochschulen und Wissenschaftsinstituten soll Forschung in diesem Bereich möglich sein und gefördert werden.

Zur Offenheit gehört auch Entdeckergeist. Dieser zeigt sich in der Raumfahrt, die wichtiger Impulsgeber für Innovationen ist. Sie ermöglicht Experimente wissenschaftlicher Grundlagenforschung, durch die viele Medikamente und Werkstoffe für unsere Industrie und den deutschen Mittelstand erst entwickelt werden konnten. Die Raumfahrt ist ein wichtiger Standortfaktor. Deshalb setzen wir uns für einen baldigen weiteren Einsatz deutscher Astronauten auf der ISS ein. Entdeckergeist beschränkt sich aber nicht aufs Weltall, sondern setzt sich u. a. in der Tiefsee oder anderen vergleichsweise schwer erreichbaren Orten fort. Hier gilt es neue Chancen zu ergründen und sie länderübergreifend in verantwortungsvoller Art und Weise zu ergreifen. Dies gilt beispielweise bei der Frage des künftigen Umgangs mit Arktis und Antarktis.

### **Anwendung von Forschungsergebnissen unterstützen**

Wir setzen auf die innovativen Schlüsselbranchen unserer Wirtschaft: Automobilbau, Chemie, Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft sowie die Gesundheitswirtschaft als inzwischen größte Branche unserer Volkswirtschaft. Wir werden Forschung und Entwicklung im Mittelstand weiter fördern und die schnelle Übertragung von neuen Technologien, insbesondere den Digitaltechniken, auf die gesamte Wirtschaft und den Mittelstand unterstützen. Dabei werden wir Fachhochschulen und regionale Netzwerke und Cluster einbeziehen. Der Staat soll Innovationen bei der öffentlichen Beschaffung stärker berücksichtigen und Normung und Standardsetzung im Interesse der deutschen Wirtschaft international vorantreiben. Unser Ziel ist, dass sich auch die Finanzierungsbedingungen von Innovationen verbessern. Wer in die Gründerförderung investiert und dort Innovationen und Wachstum finanziert, der soll auch steuerliche Vorteile haben. Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung bleibt bei uns auf der Tagesordnung, sobald wir hierfür Haushaltsspielräume haben.

### **Innovativ bleiben in einer alternden Gesellschaft**

Unser Ziel ist es, Deutschland weltweit zum Vorbild dafür zu machen, wie eine alternde Gesellschaft offen für Innovationen bleiben und wirtschaftliche Dynamik entfalten kann. Wir setzen auf Weiterbildung, eine altersgerechte Arbeitsgestaltung, die Förderung von

Gesundheit und Flexibilität sowie die Verbindung der Erfahrung älterer mit der Kreativität jüngerer Menschen.

Wir werden Deutschland zu einem Leitmarkt von Innovationen für ältere Gesellschaften machen. Deutschland hat die besten Voraussetzungen, denn in unserem Land sind die gefragten Branchen wie Automobil, Medizintechnik, Robotik und Pharma schon jetzt stark. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von altersgerechten Verkehrskonzepten und Fahrerassistenzsystemen sowie für eine entsprechende generationengerechte Gestaltung von Gebäuden und Städten. Deutschland kann sich hier neue Märkte und Geschäftsmodelle sichern, denn die Zahl der älteren Menschen steigt weltweit rapide an.

Innovationen im Gesundheitswesen tragen entscheidend dazu bei, dass wir heute immer älter werden und zugleich im Schnitt viel gesünder bleiben. Unser Ziel ist, dass Deutschland seine Spitzenposition beim medizinischen Fortschritt in der Welt behauptet und weiter ausbaut. Die Medizin wird sich im 21. Jahrhundert insbesondere durch die Fortschritte in den Biotechnologien grundlegend verändern. Biotech-Therapien ermöglichen zunehmend Behandlungsstrategien, die direkt die Ursache einer Krankheit angehen können und individuell zugeschnitten sind. Deutschland ist in der Biotech-Branche ein führender Standort. Insbesondere junge innovative Startup-Unternehmen wollen wir noch besser als bisher fördern.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen vor allem älteren, behinderten und chronisch kranken Menschen ein besseres Leben in den eigenen vier Wänden und eröffnen mehr gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Neue Technologien erleichtern Menschen mit Behinderung auch die Einbindung ins Arbeitsleben. Durch die Forschung im Bereich „Design für Alle“ (DfA) können Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen entwickelt werden, die für alle Menschen nutzbringend eingesetzt werden können. Die Telemedizin entwickelt sich zu einem der stärksten Treiber für Innovationen bei den Abläufen in Praxen und Krankenhäusern und beschleunigt die Entwicklung der Medizintechnik. Telemedizinische Anwendungen können entscheidend zu einer bestmöglichen medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen beitragen. Deshalb wollen wir den Aufbau einer umfassenden Telematikinfrastruktur für einen sicheren und schnellen Informationsaustausch etwa zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen. Mit dem E-Health-

Gesetz schafft die unionsgeführte Bundesregierung die Grundlage für diese grundlegende digitale Revolution im Gesundheitswesen.

### **Kluge Köpfe stärken**

Die wichtigste Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges und innovatives Deutschland sind gut ausgebildete Menschen. Daher gehört die Fachkräftesicherung zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre; sowohl im akademischen Bereich als auch im Bereich der Ausbildungsberufe. Derzeit erfordern acht von zehn Berufsgattungen mit den größten Engpässen eine Berufsausbildung. Damit sich mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung entscheiden, wollen wir auf die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung hinwirken und die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Bildungswegen verbessern. Daneben gilt es, Ausbildungs- und Studienabbrüche durch eine intensive individuelle Berufsberatung in allen Schulen zu verhindern.

Die Arbeitswelt der Zukunft braucht zunehmend Experten in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Um das Innovationspotenzial Deutschlands voranzutreiben, wollen wir uns auf die Ansprüche einer technikbasierten und digitalen Wirtschaft vorbereiten. Dazu gehört auch eine frühe, erstklassige und mitreißende Bildung und Ausbildung im MINT-Bereich, ganz besonders auch für Mädchen und Frauen, denn sie sind hier unterrepräsentiert.

### **Potenzial von Frauen stärker nutzen**

Ein wichtiger Schritt zur Fachkräftesicherung besteht darin, das Potenzial von Frauen noch stärker zu nutzen. Die Frauenerwerbsbeteiligung hat in den zurückliegenden Jahren deutlich zugenommen. Viele Frauen wollen berufstätig sein oder ihre Arbeitszeit erhöhen. Deshalb arbeiten wir weiter dafür, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Unterstützungsangebote für Berufsrückkehrende weiterentwickelt. Arbeitssuchende Alleinerziehende brauchen gezielte Unterstützung. Hier kann die Berufsausbildung in Teilzeit ein richtiger Weg sein. Zudem gilt es, bestehende Lohnungleichheiten bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation zwischen Männern und Frauen abzubauen. Wir fordern deshalb die Tarifpartner auf, Tarifverträge auf strukturelle Entgeltungleichheit zu überprüfen und diese, wenn vorhanden, zu überwinden.

### **Attraktiver für ausländische Fachkräfte werden**

Deutschland braucht Zuwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften, von denen die heimische Wirtschaft und unser Land insgesamt profitieren. Mit dem Berufsamerkennungsgesetz und der „Blauen Karte“ haben wir es ausländischen Fachkräften erleichtert, in Deutschland eine Beschäftigung aufzunehmen. Darüber hinaus wollen wir in der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ die Qualifizierungsmöglichkeiten für bei uns lebende ausländische Fachkräfte weiter verbessern. Die Kriterien für qualifizierte Zuwanderung wie z. B. Schul- und Bildungsabschlüsse, Sprachkenntnisse, der Wille zur Integration und der Bedarf des Arbeitsmarktes müssen so klar dargestellt werden, dass interessierte Fachkräfte einfacher erkennen können, ob sie eine realistische Chance haben, nach Deutschland zu kommen und hier zu arbeiten. Hinzutreten muss eine Willkommenskultur, die deutlich macht, dass Fachkräfte aus anderen Ländern keine Bittsteller sind, sondern künftige Leistungsträger unseres Landes.

### **Kompetenz und Erfahrung der Älteren nutzen**

Immer mehr Menschen wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Wir brauchen sie und ihre Erfahrungen. Wir wollen Arbeitnehmern über die Regelaltersgrenze hinaus eine Beschäftigung ermöglichen und hierfür Anreize schaffen. Damit beugen wir auch Fachkräfteengpässen auf dem Arbeitsmarkt vor. Mit der Flexi-Rente sollen dabei bestehende arbeits- und sozialrechtliche Hindernisse beseitigt werden.

Durch das Rentenpaket 2014 wurden auf Drängen der Union bereits wichtige Fortschritte erzielt: So kann jetzt jeder Arbeitnehmer in Absprache mit seinem Arbeitgeber seinen automatisch auslaufenden Arbeitsvertrag bei Erreichen der Regelaltersgrenze verlängern – auch mehrfach.

Wir wollen die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln und ab 63 Jahren einen gleitenden Übergang in die Rente ermöglichen. Die gleitende Rente erlaubt ein Einkommen aus Rente und Hinzuverdienst in der Höhe des früheren Einkommens. Rentner können dann auch neben einer Vollrente mehr als 450 Euro hinzuverdiene. Durch diese Regelungen darf es nach dem Erreichen von 45 Beitragsjahren nicht zu zusätzlichen Anreizen zur Verrentung kommen.

Wir wollen die Beitragslast für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Rentner reformieren. So wollen wir prüfen, ob der bisherige Beitrag des Arbeitgebers zur Rentenversicherung künftig dem Arbeitnehmer zugutekommen und der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung abgeschafft werden kann, wenn der Arbeitnehmer das reguläre Rentenalter erreicht hat. Ebenso prüfen wir, ob und wie etwaige Steuernachteile bei einem späteren Renteneintritt abgebaut werden können.

### **III. Land der starken Wirtschaft**

Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft gute Arbeit und gewährleistet damit auch das hohe Niveau der sozialen Absicherung in unserem Land. Höhere Steuern, eine steigende Beitragslast oder neue Schulden würden unserem Land schaden, da sie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit auch die künftige Handlungsfähigkeit des Staates gefährden würden.

Auch angesichts sich abschwächender Konjunkturaussichten wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft besonders in den Mittelpunkt stellen. Das leitet uns auch bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags. Darüber hinaus wollen wir aber auch zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft in Angriff nehmen und die Staatsschuldenquote weiter zurückführen.

### **Sozialpartnerschaft weiterentwickeln**

Wir bekennen uns zu Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung. Sie fördern die Teilhabe der Beschäftigten und haben sich zudem – insbesondere in der Finanz- und Wirtschaftskrise – als Standortvorteil erwiesen. Wir wollen sie in der globalisierten und digitalisierten Wirtschaft so weiterentwickeln, dass sie ihre Funktionen auch weiterhin erfüllen können.

### **Gründer stärker unterstützen**

Erfolgreiche Gründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen. Deshalb kommt es darauf an, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Gründer wertschätzt und Gründungen fördert. Das muss schon in der Schule beginnen. Zudem ist es entscheidend, Gründer in der Gründungs- und Wachstumsphase zu unterstützen, damit sie mit ihren Produkten und Dienstleistungen erfolgreich den Markteintritt schaffen. Hierfür wollen wir die Informations- und Beratungsangebote für Ausgründungen an Hochschulen ausbauen und uns

für flächendeckende Angebote einsetzen, welche die Verwaltungsschritte zur Gründung bei einer einzigen Anlaufstelle bündeln.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in Gesprächen mit der Europäischen Kommission für Fälle des steuerlichen Verlustuntergangs durch zu geringe stille Reserven bei größeren Kapitalzuführungen oder Gesellschafterwechseln eine beihilferechtlich akzeptierte Lösung für innovative Unternehmen finden will. Ferner gilt es, die derzeitige Regelung zur Besteuerung des Carried Interest zu erhalten. Wir werden es weiter unterstützen, wenn Gewinne aus der Beteiligung an jungen Unternehmen wieder in junge Unternehmen investiert werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für Gründungen ist das Startkapital. Neue Finanzierungsformen, wie online-Kreditportale und Crowdfunding-Plattformen, bei denen sich Kleinanleger direkt an Gründungen beteiligen, bieten hier große Chancen. Derzeit ist jedoch insbesondere das Crowdfunding nahezu unreguliert. Dadurch sind Kleinanleger verunsichert und wenig geneigt zu investieren. Die CDU will eine einfache, wirksame Regulierung auf den Weg bringen. Sie soll Anleger wie Gründer vor Missbrauch, Betrug und Abzocke schützen, dabei aber praktikabel sein.

Mit der Steuerbefreiung des INVEST-Zuschusses für Wagniskapital werden wir Beteiligungen an jungen innovativen Unternehmen attraktiver gestalten: Investoren können seit 2013 bis zu 20 Prozent ihrer Beteiligung erstattet bekommen, wenn sie die Anteile mindestens drei Jahre halten. Mit der Steuerbefreiung wollen wir dafür sorgen, dass sich noch mehr Investoren für die Förderung junger Unternehmen entscheiden. Wir wollen prüfen, wie wir die Wagniskapitalfinanzierung in Deutschland darüber hinaus im internationalen Vergleich noch attraktiver machen können.

Um erfolgreichen Unternehmen den Zugang zu Kapital über die Börse zu eröffnen bzw. zu erhalten und bei in- und ausländischen Investoren für Investitionen in die junge deutsche innovative Wirtschaft zu werben, sollten geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von Börsengängen geprüft werden. Im Rahmen des Börsengangs könnten vorhandene Finanzierungslücken in der Wachstumsphase junger Unternehmen geschlossen werden.

Angesichts der internationalen Wirtschaftslage und unseres ehrgeizigen Ziels, keine neuen Schulden aufzunehmen, geht es darum, Alternativen jenseits der klassischen staatlichen Förderung zu finden. So werden wir bei der Gesetzgebung künftig besonders auf die Auswirkungen auf Gründer achten. Wir wollen zudem eine klare Definition des Begriffs „Startup“, an die gezielte Fördertatbestände oder Ausnahmeregeln geknüpft werden können.

Um Gründern ein geeignetes Netzwerk zu bieten, sind Gründerzentren (Inkubatoren) von großer Bedeutung. Unsere wirtschaftlichen Zentren und große Unternehmen sind gefragt, solche Angebote in Deutschland weiter auszubauen.

Jede Gründung erfordert Mut. Auch das Scheitern einer Idee und ein Neustart gehören dazu. Wir wollen eine neue Gründerkultur, die eine zweite Chance gibt, wenn der erste Anlauf scheitert. Dies muss sich auch im Insolvenzrecht niederschlagen, etwa bei der Länge von Aufbewahrungsfristen und den Regeln zu Insolvenzverschleppung. Für viele ist die Dauer einer Gründung gar nicht das größte Problem, sondern die Dauer der Schließung eines Unternehmens, wenn eine Idee scheitert. Der gescheiterte Gründer ist oft jahrelang mit der Abwicklung beschäftigt, statt eine neue Gründung wagen zu können.

### **Bürokratie weiter abbauen und Gesetze mittelstandsfreundlich gestalten**

Unser Anspruch ist es, Unternehmen in Deutschland Rechtssicherheit und klare Standards zu bieten, ohne sie durch unnötige Bürokratie zu belasten. Deshalb wollen wir gerade junge Unternehmen in den ersten drei Jahren von allen Melde- und Informationspflichten befreien, die nicht zwingend erforderlich sind. Wir wollen innerhalb des Normenkontrollrates (NKR) eine Task-Force „Gründer“ schaffen, die neue und bestehende Regeln wie etwa statistische Meldepflichten auf ihre Auswirkungen für Neugründungen untersucht.

Wir sprechen uns für einen Bürokratiestopp bei Bund und Ländern aus. Nach dem Prinzip „one in, one out“ soll für jede Belastung der Wirtschaft zukünftig eine Entlastung in gleicher Höhe erfolgen. Wir wollen zudem die Vorschläge des NKR zum Bürokratieabbau nutzen. Um Unternehmen die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu erleichtern, sprechen wir uns für den Aufbau eines einheitlichen Antragsportals für alle sozialversicherungsrechtlichen Meldepflichten von Arbeitgebern aus. Wir befürworten, so weit wie möglich, alle bü-

rokratischen Vorgaben in anderen Feldern ebenfalls in einer Anlaufstelle zusammenzufassen („One Stop Agency“).

Wir wollen prüfen, wie die Zahlungsmodalitäten bei den Sozialversicherungsbeiträgen so geändert werden können, dass die Wirtschaft zumindest bei der Bürokratie bezüglich der seit 2006 geltenden Fälligkeitsregelung entlastet wird, ohne dass es in öffentlichen Haushalten und Versicherungssystemen zu spürbaren Ausfällen kommt. Eine Rückführung des Liquiditätsverlustes an die Unternehmen wird es nicht geben. Vielmehr werden wir unter anderem eine zusätzliche entlastende Pauschalregelung bei der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer prüfen. Diese Regelung soll Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, die monatlichen Sozialversicherungsbeiträge zunächst in Pauschalen abzuführen, die auf gesicherten Daten der Vergangenheit beruhen. Eine genaue Abrechnung könnte dann jeweils für das abgelaufene Jahr erfolgen.

Im Sinne einer mittelstandsfreundlichen Gesetzgebung wollen wir Verbesserungen für den Mittelstand bei Insolvenzanfechtungen und im Mängelgewährleistungsrecht (Einbau- und Ausbaurkosten bei fehlerhaftem Material) umsetzen. Wichtig sind darüber hinaus Freigrenzen, die kleinere Unternehmen vor unerfüllbaren Forderungen einzelner Regulierungen bewahren. Wir wollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Thesaurierungsregelungen für Einzelunternehmen prüfen. Es soll attraktiver werden, Gewinne wieder im Unternehmen zu investieren. Wir sind zudem der Auffassung, dass ein Tariftreue- und Vergabegesetz durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in weiten Teilen überflüssig geworden ist. Wir fordern daher, die im Koalitionsvertrag hierzu vorgesehene Prüfung schnell zum Abschluss zu bringen und bei einem entsprechenden Prüfergebnis auf ein Tariftreue- und Vergabegesetz vollständig zu verzichten. Bei europäischen Regulierungsvorhaben wirken wir frühzeitig darauf hin, dass der daraus erwachsende bürokratische Aufwand so gering wie möglich ist.

### **Solide Finanzen sichern und Investitionen ermöglichen**

Mit dem Abschluss der jüngsten Haushaltsberatungen hat die CDU erreicht, dass ab dem Jahr 2015 im Bund keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Mit unserer soliden Haushaltspolitik bleibt Deutschland der Stabilitätsanker in Europa. Solide Haushaltspolitik schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vertrauen auf solide Rahmenbedingungen zieht private Investitionen an. Das ist die Voraussetzung für die wirtschaftli-

che Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die Voraussetzung für sichere und gute Arbeitsplätze.

Der Staat muss mit seinen Einnahmen auskommen. Daher darf der ausgeglichene Bundeshaushalt für 2015 keine Ausnahme sein, sondern muss die Regel werden. Keine neuen Schulden mehr ist unser Versprechen an künftige Generationen. Wir wollen uns die nötigen Spielräume für Investitionen und Steuerentlastungen durch eine konsequente Konsolidierung des Bundeshaushaltes erarbeiten. Dies ist angesichts von Rekordsteuereinnahmen nicht nur möglich, sondern angesichts der derzeitigen Ausgabenstruktur auch nötig. Wir wollen den Anteil für Investitionen steigern. Das vom Bundesminister der Finanzen angekündigte Investitionsprogramm in Höhe von zehn Milliarden Euro wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

### **Ausgeglichener Haushalt, keine Steuererhöhungen, kalte Progression abbauen, Sozialversicherungsbeiträge stabil halten**

Die Bekämpfung der kalten Progression bleibt weiterhin eines der wichtigsten Ziele der CDU in der Steuerpolitik. Lohnerhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, dürfen nicht mehr von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Wir wollen finanzielle Spielräume erarbeiten, um noch in dieser Legislaturperiode Bürgerinnen und Bürger in einem ersten Schritt bei der kalten Progression zu entlasten. Voraussetzung hierfür bleiben der ausgeglichene Haushalt und der Verzicht auf Steuererhöhungen. Die Beseitigung der kalten Progression verstehen wir als Daueraufgabe.

Das gilt auch mit Blick auf das zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer. Wir stehen weiter für eine Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ein, die den Generationswechsel in den Unternehmen nicht gefährdet und Arbeitsplätze schützt.

Ein großer Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung ist es, den von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam zu finanzierenden Beitrag zu den Sozialversicherungen unter 40 Prozent zu halten. Das ist unser Ziel auch in Zukunft. Dazu ist die weitere Senkung des Rentenbeitrags ab Anfang 2015 ein wichtiger Beitrag.

### **Gezielt Wachstumsimpulse setzen**

Unser „Nein“ zu Steuererhöhungen gilt weiter. Zusätzlich wollen wir die Umsetzung von Instrumenten prüfen, die technologische und konjunkturelle Impulse geben können, wie z. B. die steuerliche Forschungsförderung, die Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer, die Förderung der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung, eine Sonder-Afa (Absetzung für Abnutzung, also Abschreibung) beispielsweise für Gebäude und Elektroautos sowie generelle temporäre Änderungen in der Afa für mehr Investitionsanreize.

### **Saubere, sichere und bezahlbare Energie sichern**

Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist ein Schlüssel zum Erfolg Deutschlands als Industrie- und Wirtschaftsnation. Diese Ziele müssen uns beim Aufbruch in das Zeitalter der erneuerbaren Energien leiten. So kann dieses entscheidende Projekt für eine nachhaltige Zukunft unseres Landes gelingen.

Deutschland ist mit einem Anteil von 25 Prozent schon heute Vorreiter bei den erneuerbaren Energien an der Stromproduktion. Bis zum Jahr 2050 wollen wir deren Anteil auf 80 Prozent steigern und die Emission klimaschädlicher Treibhausgase um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Gerade mit Blick auf die derzeit in Lima stattfindende Klimakonferenz ist es wichtig, dass Deutschland an seinem Ziel festhält, die Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020 zu reduzieren. Nur so können wir wirksam das Engagement anderer Staaten einfordern. Wir sind davon überzeugt, dass es innerhalb einer Generation für das Hochtechnologieland Deutschland möglich ist, die Stromversorgung weitestgehend aus regenerativen Energien zu bestreiten – und dabei führendes Industrieland zu bleiben. Dafür wollen wir die Stromnetze, Speicher- und Umwandlungstechnologien fördern beziehungsweise voranbringen und die Marktintegration der erneuerbaren Energie stärken. Ein hohes Niveau an Versorgungssicherheit ist Markenzeichen des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Hier werden wir keine Abstriche zulassen. Deshalb werden wir die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland so lange wie nötig weiter nutzen.

Ein solches Projekt kann nicht im nationalen Alleingang bewältigt werden. So muss unsere Energiewende in eine internationale Strategie zum Klimaschutz eingebettet sein. Darum braucht das zentrale Instrument der europäischen Klimaschutzpolitik, der Emissionshandel, wieder mehr Durchschlagskraft. Hierfür müssen wir es schaffen, die bestehenden

Überschüsse an Zertifikaten so schnell wie möglich abzubauen. So können wir Anreize für Investitionen und effiziente Technologien setzen. Damit unsere Wirtschaft diese Investitionen tätigen kann, brauchen wir aber auch weiterhin effektive Regeln, die unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb schützen und eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland verhindern. Einen wirksamen Beitrag zum Schutz eines fairen Wettbewerbs und des Klimas kann die Ausdehnung des Emissionshandels über die EU hinaus leisten. Deshalb setzen wir uns für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein. Langfristig ist unser Ziel, ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Zudem brauchen wir für Stabilität und Versorgungssicherheit eine stärkere europäische Verknüpfung der Stromnetze. Die europäische Perspektive ist auch hinsichtlich der künftigen Förderung erneuerbarer Energien wichtig. Sie bietet die Chance, erneuerbare Energien gezielter und kostengünstiger zu fördern und damit dem Ziel stabiler Energiepreise näher zu kommen.

Unser Ziel ist es, dass die Instrumente des von uns in einem ersten Schritt reformierten Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) durch ein marktwirtschaftliches Modell abgelöst werden. Auch beim Thema Energieeffizienz können Deutschland und Europa noch besser werden. Durch intelligente Systeme verbessern wir so auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Insgesamt setzen wir beim Thema Energiewende auf Technologieoffenheit und einen vielseitigen Energiemix.

Deshalb sollten wir auch im Hinblick auf die Möglichkeiten von Fracking offen bleiben. Wir wollen auch in Deutschland im Bereich des unkonventionellen Frackings eine Forschungsperspektive unter strengster Berücksichtigung des Grundwasserschutzes auf diesem Gebiet ermöglichen, selbst wenn wir gegenwärtig auf die kommerzielle Anwendung dieser Technologie verzichten. Es gilt zu prüfen, ob Fracking sicher ohne die befürchteten Umweltschäden möglich ist.

### **Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bewahren**

Eine gute und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine weitere zentrale Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Wir werden fünf Milliarden Euro zusätzlich in unsere Infrastruktur investieren, aber dennoch besteht darüber hinaus hoher Investitionsbedarf. Vor allem unsere mittelständische Industrie braucht ein reibungslos funktionierendes Verkehrssystem und wettbewerbsfähige Transportpreise. Wir setzen auf

eine Vernetzung aller Verkehrsträger. Dazu gehören auch verkehrsträgerübergreifende Datenplattformen, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplandaten informieren. Unser Leitbild der Verkehrspolitik heißt, eine aktivierende Mobilitätspolitik zu gestalten. Das bedeutet, dass Investitionen sich an der verkehrlichen Gesamtwirkung und dem volkswirtschaftlichen Nutzen orientieren müssen.

Bis zum Jahr 2017 wollen wir die Haushaltsmittel des Bundes für die Infrastruktur auf zwölf Milliarden Euro steigern. Wir verbessern die Effizienz der Mittelverwendung, indem die Mittel über Jahresgrenzen hinweg flexibler eingesetzt werden können. Zudem setzen wir klare Prioritäten, etwa mit der Seehafenhinterland-Anbindung. Den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ wollen wir konsequent umsetzen, wie zum Beispiel bei den dringend notwendigen Brückensanierungen.

Wir wollen die Nutzerfinanzierung weiterentwickeln. Bereits 2015 soll die Lkw-Maut auf weiteren 1000 Kilometern autobahnähnlicher Bundesstraßen sowie für Lkw ab 7,5 Tonnen gelten. Ab 2018 wird die Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen erhoben. Wenn 2016 die Pkw-Maut eingeführt wird, wird sie ebenfalls zusätzliche Investitionsmittel erbringen. Zudem wollen wir mehr private Investitionen für Verkehrsprojekte; dazu streben wir eine neue Generation öffentlich rechtlicher Partnerschaften an.

### **Chancen des Freihandels nutzen**

Deutschland ist als erfolgreiche Exportnation weltweit Spitze. Daher profitieren wir, wie kaum ein anderes Land auf dieser Welt, von möglichst niedrigen Handelsschranken und den globalen Handlungsmöglichkeiten unserer Unternehmen. Nicht ohne Grund ist Deutschland einer der größten Profiteure von Europäischem Binnenmarkt und der Globalisierung. Deshalb wollen wir den Freihandel weiter voranbringen.

Besondere Bedeutung haben die angestrebten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) sowie - vor allem - mit den USA (TTIP). Die Abkommen würden ein Drittel des Welthandels und 50 Prozent der Weltwirtschaft umfassen. Sie bieten die Möglichkeit, der Wirtschaft in der westlichen Welt neuen Schwung zu verleihen und unsere sozialen und ökologischen Standards weltweit stärker zu verankern. Bedenken bezüglich des Verbraucher- oder Investitionsschutzes nehmen wir ernst. Aber wir führen in Deutschland die Diskussion an vielen Stellen viel zu verzagt. Die Debatte über „Chlorhüh-

ner“ und andere Klischees und Vorurteile verstellen den Blick auf die enormen Chancen. Von solchen Abkommen profitieren sowohl die Bürger durch sinkende Verbraucherpreise als auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Das Freihandelsabkommen muss neben der NATO die zweite Säule der transatlantischen Partnerschaft werden und zügig und zielorientiert weiter verhandelt werden.

Der Mittelstand, der ohne ein solches Abkommen oft an den unterschiedlichen Vorschriften im grenzüberschreitenden Handel scheitert, soll außerdem durch die Einrichtung einer Rechtsform „Europa GmbH“ unterstützt werden, damit sich der deutsche Mittelstand stärker international aufstellen kann. Dabei wollen wir sicherstellen, dass es keine negativen Auswirkungen auf die deutsche Unternehmensmitbestimmung durch gesellschaftsrechtliche Weichenstellungen auf europäischer Ebene gibt.

### **Damit es den Menschen auch in Zukunft gut geht**

Als große Volkspartei der Mitte arbeiten wir dafür, dass es den Menschen in unserem Land auch in Zukunft gut geht. Dafür ist eine wettbewerbsfähige und innovative Wirtschaft, die die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, eine zentrale Voraussetzung. Mit Optimismus, Tatkraft und Offenheit für Neues wollen wir dafür auch weiterhin die Weichen richtig stellen.